

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Kitzmüller
und weiterer Abgeordneter

betreffend Familienpolitik der Bundesregierung

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Tagesordnungspunkt 2, Erklärung der Bundesregierung, in der 6. Sitzung des Nationalrates, XXIV GP, am 3. Dezember 2008.

Die Tatsache, dass es kein Familienministerium mehr gibt, wird von der FPÖ und von österreichischen Familienorganisationen mit Erschütterung wahrgenommen. Die Aussicht, dass bei künftigen Anträgen und Anfragen zu familienpolitischen Themen der Wirtschaftsminister als Adressat zu nennen ist, ist einigermaßen gewöhnungsbedürftig.

Bei Durchsicht des Familienteils des Regierungsprogramms fällt auf, dass es sich hier hauptsächlich um Maßnahmen handelt, die den Druck auf junge Eltern, möglichst rasch nach der Geburt eines Kindes (wieder) eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen und Kinder fremd betreuen zu lassen, erhöhen. Der Eindruck, dass es sich hierbei um wirtschafts- und weniger um familienpolitische Ziele handelt (Stichwort Barcelona), dürfte auch in Anbetracht der Zuständigkeit beim Wirtschaftsministerium zutreffend sein.

Echte Wahlfreiheit, nämlich die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, ob die Kinder zu Hause von einem Elternteil betreut werden oder aber in einer Fremdbetreuung untergebracht werden, wird durch dieses Programm eher ab- als ausgebaut. Echte Wahlfreiheit kann es nur geben, wenn die Entscheidung in die eine oder andere Richtung frei und ohne finanzielle Einbußen zustande kommt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der 24. Gesetzgebungsperiode in familienpolitischer Hinsicht neben den Interessen von Eltern, die sich im Kleinstkindesalter ihrer Kinder für ein Nebeneinander von Familie und Beruf entscheiden auch Maßnahmen zur Erleichterung eines Nacheinanders von Familien- und Erwerbsarbeit zu ergreifen.

Dabei sind insbesondere folgende Punkte umzusetzen:

- Inflationsanpassung sämtlicher Familienleistungen
- Einführung eines Familiensteuersplittings
- Anhebung des Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrages
- Bevorzugung von Eltern am Arbeitsmarkt beim Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit auch nach längerer Familienarbeitsphase“

A. Kitzmüller
A. Piller

[Signature] *[Signature]*
Wien am
3. DEZ. 2008